

KURZ UND PRÄGNANT

Alleinerziehende mit großem Armutsrisiko

Fast 40 Prozent (39,2 Prozent) der Alleinerziehenden in Thüringen sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen, so eine Bertelsmann-Studie. Damit liegt der Freistaat im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern etwas besser, aber dennoch über dem Bundesdurchschnitt (37,6 Prozent).

„Die Studie macht erschreckend deutlich, dass Alleinerziehende einem enormen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Und sie deckt erhebliche Mängel im System des Unterhaltsvorschlusses auf, das eigentlich als Existenzsicherung für Alleinerziehende gedacht ist“, sagte MdL Karola Stange. Bestätigt werde auch eine langjährige Forderung der LINKEN, beim Unterhaltsvorschluss Änderungen vorzunehmen, wie längere Zahlungsdauer als sechs Jahre und über das 12. Lebensjahr der Kinder hinausgehend. Unterhaltssäumige, meistens Väter, sollten von den Jugendämtern und Gerichten strikter in die Zahlungspflicht genommen werden. Zudem sollte es eine eigene Grundsicherung für Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern geben, sowie auskömmliche und existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Arbeit verstärkt für Alleinerziehende. ■

Besondere Verpflichtung für Rehabilitation

Karola Stange plädiert für generelle Aufhebung der Paragraf-175-Urteile

„Thüringen hat für die von einer Verurteilung nach Paragraf 175 Betroffenen eine besondere Verpflichtung zur Durchsetzung einer umfassenden und zügigen Rehabilitation für das erlittene Unrecht. Anders als in anderen Landesverfassungen enthält Artikel 2 der Thüringer Verfassung ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot bezogen auf die sexuelle Orientierung bzw. Identität“, erklärte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Deshalb sei zu erwarten, so die Abgeordnete weiter, dass sich Thüringen dafür im Bundesrat stark mache und auch darauf dringe, dass der gesamte Zeitraum für die Rehabilitation und Entschädigung in die von Bundesjustizminister Heiko Maas angekündigte Neuordnung einbezogen werde, so die Abgeordnete weiter. Es sei wichtig, dass der Minister den Entwurf für das Rehabilitierungsgesetz zügig vorlege.

Mit dem Paragraf 175 des Strafbuch (StGB), der in der Bundesrepublik mit einer teilweisen Reform im Jahr 1969 bis zum Jahr 1994 in Kraft war und in der DDR 1968 mit dem neuen Strafbuch wegfiel, wurden

homosexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen unter Strafe gestellt. Und dies selbst dann, wenn sich die Beteiligten aus freien Stücken und einvernehmlich dafür entschieden hatten.

Angemessene Entschädigung statt entwürdigendes Almosen

In einem aktuellen Rechts-Gutachten für die Antidiskriminierungs-Stelle des Bundes wurde die Problematik nun umfassend und gesamtdeutsch für die Zeit von 1945 bis 1994 aufgearbeitet. „Das Gutachten arbeitet erstmals ausdrücklich heraus, dass der Gesetzgeber die Opfer der Strafverfolgung nicht nur rehabilitieren kann, sondern sogar muss“, sagte Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, bei der Vorstellung des Gutachtens am 12. Mai in Berlin. „Die mehr als 50.000 Opfer sind durch Verfolgung und Verurteilung im Kernbestand ihrer Menschenwürde verletzt worden. Sie müssen es ertragen, dass die Urteile gegen sie dennoch nie aufgehoben wurden. Diese Ungerechtigkeit darf der Gesetzgeber nicht länger hinnehmen.“

Nach Auffassung von Karola Stange ist das Gutachten „ein eindeutiger Beleg für die Richtigkeit der Feststellung,

dass dieser Straftatbestand die Menschenwürde verletzt, ein Verstoß gegen Grund- und Menschenrechte ist und die Rehabilitation zwingend erfolgen muss“. Deshalb sei es richtig, dass sich die Justizministerkonferenz – auch unter Zustimmung Thüringens – dem Gutachten angeschlossen habe und nun entsprechende Konsequenzen daraus verlange. „Sollte es beim Rehabilitierungsgesetz aber Verzögerungen geben, sollte Thüringen im Bundesrat mit konkreten gesetzlichen Vorschlägen aktiv werden.“ Die Abgeordnete plädierte für eine generelle Aufhebung der Paragraf-175-Urteile ohne Einzelfall-Prüfung. Die LINKE hatte dazu gemeinsam mit den Grünen in der vergangenen Wahlperiode einen Antrag vorgelegt, der auch zu einem Landtagsbeschluss geführt hatte. Denn die Regelung ist schon ganz grundsätzlich als menschenrechtswidrig einzustufen.

„Wegen des schwerwiegenden Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte der zu Unrecht Verurteilten müssen die Betroffenen auch eine angemessene Entschädigung erhalten, nicht nur ein entwürdigendes Almosen, zumal wenn sie Haftstrafen verbüßen mussten“, so Karola Stange.

Einfluss auf Politik und Ideologie

Wissenschaftshistorische Neuerscheinung zu Verbindungen zwischen biologischer Anthropologie und Rassismus

Mit den Auslassungen von Björn Höcke, AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Thüringen, über ein vermeintliches „Reproduktionsverhalten der Afrikaner“, den „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“ und „populationsökologische“ Gründe für eine Neuausrichtung der Asylpolitik ist wissenschaftlich verbrämter Rassismus wieder in der öffentlichen Debatte angelangt. Höckes rassistische Argumentationsmuster haben freilich Vorläufer, auch in Thüringen.

Gerade die Vereinnahmung und der Missbrauch von wissenschaftlichen Erkenntnissen durch Sozialdarwinisten, „Rassenhygieniker“ und Rassenideologen werden detailliert durch den Wissenschaftshistoriker und Biologiedidaktiker Uwe Hoßfeld, Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in seiner im Frühjahr erschienenen „Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland“ rekonstruiert.

Hoßfeld widmet sich in dem überaus materialreichen Buch vor allem der Zeit vom ersten Treffen deutscher Anthropologen 1861 in Göttingen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die Entwicklung der Anthropologie lässt sich hierbei in zwei Großphasen einteilen: die Phase vor und mit Darwin und diejenige nach Darwin. Im Mittelpunkt der biologischen Anthropologie

steht die Frage nach der Herkunft und Verbreitung der Menschen. Hoßfeld macht prägnant deutlich, dass in der Geschichte der Anthropologie parallel zu deren Hinwendung zur reinen Naturwissenschaft immer auch die starken Bezüge zu Politik, Ideologie, Religion, Philosophie und Kultur eine wichtige Rolle gespielt haben. Er konstatiert zudem einen sich „seit 1859 abzeichnende(n) Kausalnexus zwischen biologischer Anthropologie und Evolutionsbiologie“ und dessen Einfluss auf Politik, Ideologie und Wissenschaft.

Dabei waren, wie Hoßfeld detailliert darlegt, in spezieller Weise die Universität Jena und der Zoologe und Evolutionsbiologe Ernst Haeckel (sowie dessen Rezeption) für die Etablierung des Fachs im deutschen Sprachraum unter verschiedenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bedeutsam. „Die Jenaer Universität und an ihr lehrende Naturwissenschaftler spielten innerhalb der Genese der biologischen Anthropologie über einen Zeitraum von fast 80 Jahren



nik, „Rassenhygiene“ und „Rassenkunde“, u.a. als Preisrichter eines von Alfred Krupp gestifteten Schreibwettbewerbs zur Anwendung der Prinzipien der Evolutionstheorie auf Politik und Gesellschaft.

Umfangreich geht Hoßfeld auf den Missbrauch anthropologischer Forschungsergebnisse vor und während des Nationalsozialismus ein. Auch hier ist das Beispiel der Universität Jena einschlägig. Thüringen nehme, so Hoßfeld, hinsichtlich der wissenschaftlichen Traditionen eines Rassismus im 19. und 20. Jahrhundert eine Sonderstellung ein. Für die Vermengung von Wissenschaft und Politik an der Universität Jena, die im Dienste der Nazis erfolgte, stehen F. K. Günther („Rasse-Günther“), Karl Astel, Victor Franz und Gerhard Heberer. Es sind die von Hoßfeld in seinem lesenswerten Buch dargestellten langlebigen politisch-ideologischen Stereotype, die in einer direkten Linie zu Höcke führen.

Stefan Wogawa

(1863–1945) eine bedeutende Rolle“, konstatiert er. Haeckel wird hierbei nicht nur als eine Zentralfigur in der Frühgeschichte des Darwinismus betrachtet, sondern auch als bedeutender Katalysator der Verbindungslinien von Zoologie und biologischer Anthropologie zu Sozialdarwinismus, Euge-

Uwe Hoßfeld: *Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit*, Franz Steiner Verlag Stuttgart 2016, 573 Seiten, ISBN 978-3-515-11238-3, 79 EUR